

Produktion der Mikroelektronik etwa sei so kapitalintensiv, daß in diesem Bereich die Bedeutung der Lohnkosten gegen Null tendiere. Wer längerfristig die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle, müsse sich damit abfinden, daß auch eine CDU-geführte Regierung kurz- und mittelfristig ein bis zwei Millionen Arbeitslose nicht verhindern könne. Für sie müsse mit sozialpolitischen Maßnahmen gesorgt werden.

Ein Kontrastprogramm für die Zukunft hat bisher nur Lothar Späth. In einem zwölf Seiten langen Papier skizzierte er die Vision von einer Wirtschaft, in der nicht die Rettung herkömmlicher, unrentabler Industrien wie Stahl und Werften Priorität besitzt. Späths Szenario orientiert sich an amerikanischen Beispielen, wie dem kalifornischen „Silicon Valley“ oder der „Route 128“ nahe Boston, wo sich Technologiefabriken und Entwicklungsparks um Hochschulen und Institute mit leistungsfähigen Forschungseinrichtungen angesiedelt haben.

Seine zentrale These: „Zur Bewältigung des Strukturwandels durch Annahme der technologischen Herausforderung gibt es keine vernünftige Alternative.“ Vertrauen auf die Marktkräfte reiche nicht aus, es bedürfe „einer sinnvollen Anregung und Unterstützung durch flankierende staatliche Maßnahmen“. Die Vorschläge des baden-württembergischen Ministerpräsidenten reichen von öffentlichen Hilfen für Forschung und Entwicklung über spezifische Programme für Biotechnik, Materialforschung, Fertigungstechnik und Informationstechnologie bis zur Finanzierung von Grundlagenforschung außerhalb der Universitäten.

Späth hofft, mit einem verschärften Numerus clausus könne die negative „Entwicklung deutscher Hochschulen zu Massenuniversitäten“ eingedämmt werden. Und er verspricht sich von „Regierungsbeauftragten für Technologietransfer“, sie würden eine bessere Umsetzung von anwendungsorientierter Forschung auch in kleinen Unternehmen ohne eigene Forschungsabteilung gewährleisten.

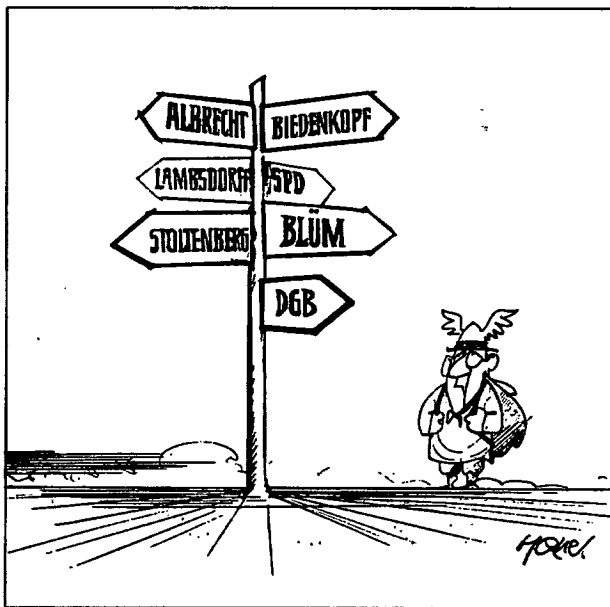
Späth hofft, mit einem verschärften Numerus clausus könne die negative „Entwicklung deutscher Hochschulen zu Massenuniversitäten“ eingedämmt werden. Und er verspricht sich von „Regierungsbeauftragten für Technologietransfer“, sie würden eine bessere Umsetzung von anwendungsorientierter Forschung auch in kleinen Unternehmen ohne eigene Forschungsabteilung gewährleisten.

Von Stoltenberg verlangt der ehemalige Mitarbeiter der „Neuen Heimat“, er solle, statt Bauherrenmodelle zu fördern, lieber großzügige Abschreibungen und Verlustzuweisungen bis zu 150 Prozent für „innovativ tätige Personengesellschaften“ zulassen. Wie Biedenkopf plädiert Späth dafür, durch steuerliche

Anreize Bürger mit gutem Einkommen dafür zu gewinnen, ihr Geld in Unternehmen anzulegen, die zukunftsträchtige Technologien entwickeln.

Über die Finanzierung all dieser Projekte haben sich die Unionsstrategen noch keine präzisen Gedanken gemacht. Sie setzen auf das Prinzip Hoffnung: Eine moderne, wettbewerbsfähige Industrie werde automatisch irgendwann einmal höhere Gewinne erwirtschaften und damit auch mehr Steuern abführen. Was heute wie Steuergeschenke aussehe, so die Argumentation, sei in Wahrheit nur ein vom Fiskus eingeräumter Zahlungsaufschub.

Auch an eine höhere Mehrwertsteuer denken die CDU-Strategen: Um die Unternehmen zu entlasten, müßten die Verbraucher mehr für Produkte und Dienstleistungen zahlen. Und sogar die Beiträ-



Rheinischer Merkur/Christ und Welt

Es führen viele Wege nach Rom ...

ge zur Arbeitslosenversicherung sind nicht tabu: Statt Arbeitnehmern und Arbeitgebern diese Lasten aufzubürden, könnte Bonn die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit aus dem Etat des Finanzministers finanzieren, der sich das Geld über allgemeine Steuern zurückholt.

Bislang freilich sind solche Überlegungen nicht mehr als Gedankensplitter. Doch bei allem Streit, der den Unionschristen um ihr Wirtschaftsprogramm noch bevorsteht – eins haben sie ihren sozialdemokratischen Konkurrenten voraus: Sie können die Diskussion um die Modernisierung der Wirtschaft unbefangener führen als die SPD.

Die muß bei ihren Zukunftsvisionen stets Rücksicht auf ihr von Kohle- und Stahlkrise gebeuteltes Stammland Nordrhein-Westfalen nehmen, und damit auch auf die Gewerkschaften. Dort gelten Hilfen für Kumpel und Stahlarbeiter noch allemal mehr als schöne Ideen für die Zukunft.

Späth hat es da einfacher. Sein Mutterlände, wo im März ein neuer Landtag gewählt wird, ist mit Abstand die Region der Bundesrepublik mit der fortschrittlichsten und stabilsten Industriestruktur, ohne Kohle-, Werften- oder Stahlkrise.

CSU

Unsere Freunde

Bei seinen Versuchen, die Südafrika-Politik der Bonner Regierung zu torpedieren, kann sich Franz Josef Strauß auf geheimnisvolle Helfer verlassen: Agenten des Bundesnachrichtendienstes.

Es versprach ein harmonischer Abend zu werden. Ohne Gegenstimme beschloß das bayrische Kabinett am Dienstag vor Weihnachten, dem Umweltschutz in Bayern künftig Verfassungsrang einzuräumen.

Doch ehe die Herrenrunde in der Münchner Staatskanzlei auseinanderstrebte, nahm sich der Chef, wie er es liebt, der Weltpolitik an. Und Bayerns Minister erlebten, einmal mehr, einen zornigen Franz Josef Strauß.

Grund für den Groll: Die tags zuvor in Bonn von Helmut Kohls Kabinett abgegebene Antwort der christliberalen Koalition auf eine Große Anfrage der SPD zur Politik im südlichen Afrika.

Den Bonner CSU-Ministern, erregte sich Strauß, sei es nicht gelungen, wesentliche Änderungen gegen die vom Auswärtigen Amt festgelegten Positionen durchzusetzen (SPIEGEL 51/1983). Die erreichten Akzentverschiebungen halte er für völlig unzureichend. So sehr redete sich der Ministerpräsident über FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher und die „Dilettanten im Auswärtigen Amt“ in Rage, daß er darüber private Termine platzen ließ.

Nach außen aber verbarg Strauß seine Enttäuschung, mit seinen Vorstellungen über den „Schicksalskontinent Afrika“ (Strauß) in Bonn abgeblitzt zu sein.

Beamte des Kanzleramts glauben zumindest einen der Gründe für sein ungewöhnliches Schweigen in der Öffentlichkeit zu kennen. Im Dezember hatte ein Emisär aus Washington bei Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger vorgeschlagen und dem Bonner heftige Vorhaltungen über unerwünschte Aktivitäten im südlichen Afrika gemacht.

Besonders erbost zeigte sich der Besucher über die Rolle des Bundesnachrichtendienstes (BND). Schreckenberger, Koordinator für die westdeutschen Geheimdienste und noch unerfahren im Nachrichtengeschäft, mußte sich von einem Ausländer darüber informieren lassen, daß der ihm unterstellte Dienst im fernen Afrika mitunter eigene Wege gehe. Der BND reagiere dort weniger

auf Bonner Anweisungen als auf Signale aus München: Die alte CSU-Seilschaft, vor Jahren mit Hilfe von Franz Josef Strauß in der Pullacher BND-Zentrale installiert, hat die dreizehn Jahre sozial-liberaler Regierung offenbar unbeschadet überdauert.

Der BND, so hielt der Amerikaner Kohls Staatssekretär vor, unterstütze in Mosambik die Politik Südafrikas, das Regime des Präsidenten Samora Machel zu stürzen. Über den üblichen Informationsaustausch hinaus, beklagte der Abgesandte aus Washington, sei der Pullacher Dienst dort in „Aktivitäten“ des südafrikanischen militärischen Geheimdienstes „verstrickt“ – zum Ärger der Amerikaner.

Tatsächlich suchen die USA seit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Juli 1983 das Linksregime in Maputo aus der politischen Umarmung der Sowjets zu lösen – mit Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Dies ist, offiziell, auch die Bonner Linie. Strauß hingegen und seine CSU halten Mosambik für ein dem Kommunismus verfallenes Land, das nur mit Gewalt vor den Klauen Moskaus zu retten ist.

Der Kanzleramtschef berichtete später, er habe dem Besucher aus Washington Beistand versprochen. Der Amerikaner, „stocksauer“ sei er gewesen, war aber mit seinen Klagen noch gar nicht fertig: Nicht nur die fahrlässige „Kumpagnei“ des BND mit dem südafrikanischen Geheimdienst müsse eingeschränkt werden, forderte er. Es sei auch unstatthaft, wenn hierzulande Oppositionspolitiker aus Mosambik empfangen würden, die aus amerikanischer Sicht als „faschistisch“ einzustufen seien.

Schreckenbergers Gast spielte damit auf eine bislang sorgsam verschwiegene

Visite von vier Vertretern der „Reste-cia Nacional Moçambicana“ (RNM) im November in Bonn und München an. Diese von Südafrika finanziell abhängige Oppositionsbewegung versucht, das Machel-Regime von der Macht zu verdrängen. Die Amerikaner sehen dadurch ihre Bemühungen, Moskaus Einfluß einzudämmen, gestört. Ihr Argument: Die rigorosen Attacken der Oppositionellen trieben Machel nur noch weiter in die Arme der Sowjets.

Die Visite der vier RNM-Vertreter, darunter des Präsidenten Alfonso Dhla-kama, hatte der Kieler CDU-Professor Werner Kaltefleiter arrangiert. Mit Schreiben vom 4. November 1983 („Persönlich / vertraulich“) bat Kaltefleiter

Die der CSU verbundene Hanns-Seidel-Stiftung in München konnte den Gästen aus Mosambik prominenten Ersatz bieten: Franz Josef Strauß.

Dem CSU-Chef gegenüber trumpften die vom weißen Apartheid-Regime in Südafrika ausgehaltenen Oppositionellen auf, in zwei Jahren könnten sie das linke Frelimo-Regime Machels aus der Regierung vertreiben – was nicht einmal die Amerikaner glauben mögen. Die jetzigen Machthaber, so beschrieb RNM-Generalsekretär Evo Fernandes dem Grafen Huyn das weitere Vorgehen, würden nicht vor Gericht gestellt, sondern „eliminiert“. Nach dem Sieg überlasse man sie am besten dem „Volkszorn“.



Südafrika-Besucher Strauß, Gastgeber*: „Schicksalskontinent Afrika“

den Bonner CSU-Abgeordneten Hans Graf Huyn, der selbst bei den Christsozialen als Rechtsausleger gilt, sich um „unsere Freunde aus dem südlichen Kontinent zu kümmern“ und sie mit Politikern zusammenzubringen, „die ein Verständnis für diese Region haben“.

„Vielleicht“, mutmaßte der ehemalige Kohl-Berater Kaltefleiter, könnte „auch der Entwicklungsminister an einem solchen Gespräch interessiert sein“, vielleicht „Herren aus der Wirtschaft“. Kaltefleiter: „Dagegen sollten wir die Massenmedien natürlich außen vor lassen.“

Vom 24. bis 28. November konferierten die RNM-Reisenden in Bonn mit den CSU-Abgeordneten Huyn und Klaus Rose, aber auch mit zwei Vertretern der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Andere Christdemokraten, wie Kanzleramtsminister Philipp Jenninger, ließen sich entschuldigen.

Wer solche Besucher empfängt, muß Mühe haben, der Bonner Afrika-Politik zu folgen. Es fiel der CSU schon schwer, die Formulierung des Auswärtigen Amtes zu unterstützen, „Angriffe südafrikanischer Streitkräfte“ in Mosambik seien als „Völkerrechtsverletzungen“ zu verurteilen. In der Antwort der Bonner Regierung auf die Große SPD-Anfrage zur Südafrika-Politik konnten die CSU-Minister aber immerhin durchsetzen, daß solche Völkerrechtsverletzungen nicht als „unannehmbar“ bezeichnet werden. Gestrichen wurde, auf Wunsch der Christsozialen, auch der Satz: „Die Bundesregierung hält dieses Vorgehen Südafrikas für gefährlich.“

Doch Strauß reichen solche Retuschen nicht, auch wenn er sie von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler als „wichtige Verbesserungen“ zu „unannehmbaren Formulierungen Genschers“ hochloben ließ. In Wahrheit hat der Afrika-Politiker Strauß einen schweren Prestigeverlust einstecken müssen: In allen wesentli-



CSU-Abgeordneter Huyn
Verschwiegene Visite

* Südafrika-Premier Pieter Botha am 9. November 1983 in Pretoria.

chen Formulierungen setzte Genscher sich gegen die CSU durch.

Am ärgsten aber trifft Strauß, daß sich Kohl und Genscher weigern, im namibischen Windhuk wieder ein deutsches Konsulat zu eröffnen, bevor die ehemals deutsche Kolonie Südwestafrika unabhängig wird. Noch im März 1983 hatte Strauß in einem Brief an die „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwestler“ behauptet: „Die von mir immer wieder geforderte und inzwischen bestätigte Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhuk ist ein erster Schritt in der richtigen Richtung.“

Der CSU-Chef war mal wieder voreilig: Weder Kohl noch Genscher haben je eine solche Zusicherung gegeben.

Auch mit den von Strauß geforderten „neuen Konzeptionen“ für die Bonner Politik im südlichen Afrika lassen sich der Kanzler und sein Außenminister Zeit. Wann die beiden den CSU-Chef treffen wollen, um „eine Vereinbarung der Koalitionsparteien auch auf dem Gebiet der Außenpolitik“ (Tandler) zu besiegeln, mag Kohl-Sprecher Peter Boenisch zur Jahreswende nicht prophezeien: „Einen Termin dafür gibt es nicht.“

SAARSTAHL

Schämt sich

Muß der Staat die kaputten Stahlwerke an der Saar übernehmen?

Der saarländische Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) sieht nur noch einen Weg, das Problem der Arbed Saarstahl GmbH zu lösen: Ein neuer Eigentümer müsse ran.

Die Luxemburger Muttergesellschaft, der Arbed-Konzern, soll eine Option auf 76 Prozent der Anteile am Saar-Unternehmen für fünf Jahre einräumen – zum symbolischen Verkaufspreis von einer Deutschen Mark. Interessenten, so Zeyer vor dem Landtag, würden schon gesucht.

Daß sich da jemand findet, ist jedoch unwahrscheinlich. „Selbst wenn man noch Geld dazugibt“, schätzt der saarländische Oppositionsführer Friedel Läßle (SPD), „will niemand Arbed haben.“

Die Bonner sehen es genauso. „Das bleibt“, prophezeit ein hoher Beamter im Finanzministerium, „an Bund und Land hängen.“

So sieht es wohl auch Zeyer. Der „Taschenspielertrick“ (Läßle) des Ministerpräsidenten dient denn auch nach Ansicht der Opposition nur dazu, den politischen Schwenk der Landesregierung zu kaschieren.

„Zeyer schämt sich“, vermutet der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hajo Hoffmann, „die Lösung zu propagieren, die auch wir fordern.“

Die saarländischen Sozialdemokraten haben sich seit Beginn der Krise für eine



Saarstahl-Werke in Röchling: „Niemand will das haben“

Beteiligung von Bund und Land am zweitgrößten Arbeitgeber des Saargebiets stark gemacht. Mit solchen Plänen jedoch kamen sie bei der christliberalen Koalition nicht an. Der Staat, so deren Argument, sei schließlich kein Unternehmer.

Daß die öffentliche Hand als Bürge und Zuschußgeber „de facto schon jetzt Eigentümer ist“ (Geschäftsführer Jürgen Krackow), nahmen die Regierenden in Saarbrücken dabei nicht zur Kenntnis. Die Kluft zwischen der reinen Lehre und dem politischen Alltagsgeschäft wird im Falle Arbed Saarstahl besonders deutlich. Mit der immer wieder beschworenen sozialen Marktwirtschaft hat das Gerangel um die Werke an der Saar schon lange nichts mehr zu tun.

Zum Ärger der Konkurrenten hat das Stahlunternehmen im kleinsten bundesdeutschen Flächenstaat bereits so viel öffentliche Gelder und Bürgschaften erhalten, wie für die Umstrukturierung der übrigen bundesdeutschen Stahlindustrie insgesamt zur Verfügung stehen: drei Milliarden Mark. Doch die Bonner wollen nun auch nicht wesentlich mehr tun, schon gar nicht die Arbed-Anteile der Luxemburger übernehmen.

Das sei eine Idee der Saarländer. Der Bonner Wirtschaftsminister, so betont ein Sprecher des Ministeriums, wisse davon nur aus der Zeitung.

Konsequent wäre die ablehnende Bonner Haltung schon: Finanzminister Gerhard Stoltenberg nämlich will eher staatlichen Besitz privatisieren als neuen dazukaufen. Doch den Bonnern bleibt wohl kaum etwas anderes übrig, als dem Plan der saarländischen Regierung zuzustimmen.

Der Luxemburger Arbed-Konzern hatte schon im Sommer klargemacht,

daß er sich auf jeden Fall von der Saar zurückziehen will. Die Muttergesellschaft hat selbst finanzielle Schwierigkeiten und ist nicht mehr bereit, für die kranke Saar-Tochter noch Geld auszugeben.

Das bekam auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der letzten Sanierungsrunde zu spüren. Bei den Gesprächen im Oktober vergangenen Jahres machte Konzern-Chef Emmanuel Tesch von vornherein klar, daß ein finanzieller Beitrag von ihm nicht mehr zu erwarten sei.

Nicht einmal die Ende 1982 gegebene Zusage, 1983 der Saar-Firma noch einmal 100 Millionen Mark als Liquiditätshilfe zu überweisen, wurde erfüllt. Bund und Land nahmen es hin und setzten dann die Arbeitnehmer unter Druck.

Lohnzuschläge soll es vorerst nicht mehr geben. Die Einkommen, die entlassenen Arbeitnehmern über einen Sozialplan zugesichert wurden, sollen von 90 auf 82 Prozent des letzten Nettoeinkommens gedrückt werden.

So hart sich Bonn und Saarbrücken gegenüber den Gewerkschaften geben, so nachgiebig verhalten sie sich gegenüber Konzernspitze und Geschäftsführung. Weitere Subventionen hatte die Bundesregierung schon im Juni von einem tragfähigen Konzept der Geschäftsführung von Arbed Saarstahl abhängig gemacht. Es müßte absehbar sein, so der Kabinettsbeschuß, daß Saarstahl ohne öffentliche Subventionen auskomme.

Doch das im Oktober vom Unternehmen vorgelegte Konzept kann so klar nicht sein. Zum Jahreswechsel war noch